

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 33. Sitzung des Rates**

vom:	<b>27.11.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>18:09 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -  
Stv Al-Omary, Falk  
Stv Bertelmann, Hans-Günter  
Stv Boller, Joachim  
Stv Daus, Anny  
Stv Dittert, Katrin  
1. stellv. BM Dreisbach, Jürgen  
Stv Eberlein, Klaus-Peter  
Stv Elter, Uwe  
Stv Flohren, Angelika  
Stv Fries, Traute  
Stv Gaden, Helga  
Stv Gelber, Gunther  
Stv Gerlach, Heinrich  
Stv Gierlich, Michael  
Stv Glaamann, Herta  
Stv Groß, Michael  
Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Höpfner-Diezemann, Ute  
Stv Jacob, Martin  
Stv Katz, Reinhilde  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Stv Klöpperpieper, Rolf  
2. stellv. BM Köhl, Siegfried  
Stv Krombach, Ulrich  
Stv Lauble, Wilhelm

Stv Moll, Ilona  
Stv Morgenschweis, Thomas  
Stv Mues, Gunter  
Stv Mues, Steffen  
Stv Müller, Heinz  
Stv Müller, Manfred  
Stv Nauck, Gerda  
Stv Neubauer, Hans Peter  
Stv Otto, Günter  
Stv Panthöfer, Ulrich  
Stv Reitz, Manfred  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Rujanski, Detlef  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schleifenbaum, Dorothea  
Stv Schmidt, André  
Stv Schneider, Manfred  
Stv Schulte, Werner  
Stv Schulze, Werner  
Stv Schwarz-Schumann, Helga  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Sintzen, Gerlinde  
Stv Sonntag, Hartmut  
Stv Stahl, Markus  
Stv Steuber, Burkhard  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang  
Stv Strunk, Christine  
Stv Tielsch, Ingrid Karin  
Stv Walter, Klaus-Volker  
Stv Wolf, Marianne  
Stv Wunderlich, Horst  
Stv Zips, Joachim

## II. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Kühn  
Städt. VD Lehmann - bis 17.10 Uhr, während TOP 5 ö. T. -  
VA Röcher  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori - bis 17.15 Uhr, während TOP 8 ö. T. -  
VA Schneider  
Städt. VR Scholze  
Verwaltungsreferendar Meinhardt  
StOI Schöler - als Schriftführer -

**Zur Tagesordnung:**

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 3.4 bis 3.6 und um Punkt 15.2 erweitert.

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG****1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (UWG)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Siebel bestimmt.

**33. Rat 27.11.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 30.10.2002**

Herr Schmidt bittet, unter TOP 8 zu ergänzen, dass Herr Brune auf seine Frage hin zugesichert hat, die Anregung der Anwohner selbstverständlich aufzunehmen, wonach der Straßenausbau erst dann vorzunehmen ist, wenn die private Bautätigkeit beginnt.

Unter Berücksichtigung dieser Ergänzung wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**33. Rat 27.11.2002**

**3. Fragestunde****3.1. Stellenbesetzung in der laufenden Ratsperiode**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 28.10.2002

Die Antwort von Herrn Lehmann ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**33. Rat 27.11.2002**

**3.2. Veranschlagung der Kreisumlage sowie Einnahmeprognosen im städtischen Haushalt**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 04.11.2002

Auf Seite 211 des allen Stadtverordneten zur Verfügung gestellten Haushaltsplanes der Stadt Siegen für das Jahr 2002 ist nachzulesen, dass der Ausgabeansatz für die Kreisumlage in diesem Jahr mit 31.360.000,00 € veranschlagt ist, so Herr Baumeis-

ter. Für 2003 ist aus derzeitiger Sicht ein in etwa gleichhoher Betrag aufzuwenden. Mit den bisher und künftig sowohl dem Haupt- und Finanzausschuss als auch dem Rat quartalsweise vorgelegten bzw. vorzulegenden Haushaltsvollzugsberichten kommt die Verwaltung dem Wunsch von Herrn Morgenschweis nach regelmäßiger Information über zu erwartende Einnahmen bereits nach.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.3. Erhebung von Niederschlagswassergebühren**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 04.11.2002

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Auf Nachfrage von Herrn Morgenschweis führt er aus, dass die Regenwasserableitung von Gebäuden der Bundes- und Landesbehörden und des Kreises ebenso veranlagt wird, wie die von privaten Flächen.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.4. Verteilung der Landesmittel zur Förderung der kommunalen Zusammenarbeit (GFG-Mittel)**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 13.11.2002

Die Antwort von Herrn Scholze ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.5. Müll- bzw. Wertstoffsortieranlage in der Fludersbach**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 13.11.2002

Herr Brune teilt mit, dass die seit 1998 zwischen dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Firma Kölsch GmbH bestehende vertragliche Vereinbarung über die Anpachtung einer Teilfläche des Deponiegeländes erstmals zum 31.12.2006 mit einer Kündigungsfrist von 6 Monaten kündbar ist.

In den Fachausschüssen und im Rat der Stadt Siegen wurde der Kreis bereits zu Beginn dieses Jahres aufgefordert, alternative Zuwegungen zur Deponie zu prüfen. Stadt- und Kreisverwaltung befinden sich in dieser Frage in engem Kontakt. Neben den beiden bisher der Prüfung unterzogenen Zufahrtsmöglichkeiten über die B 54 (Eremitage) und über die „Faule Birke“ (Autobahnzubringer) wird als dritte Möglichkeit eine Zufahrt über die Leimbachstraße (Zufahrt zur Inertstoff-Deponie) untersucht. Verhandlungen, insbesondere mit Wald- bzw. Haubergsgenossenschaften, bezüglich in Anspruch zu nehmender Grundstücksflächen werden derzeit geführt.

Parallel erfolgt die Prüfung eines alternativen Standortes für eine Müllumlagestation

durch den Kreis.

Die Verwaltung wird im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zur Sitzung am 12.12.2002 eine Vorlage zum derzeitigen Sachstand präsentieren.

**33. Rat 27.11.2002**

### **3.6. „US-Cross-Border-Leasing“**

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 14.11.2002

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

**33. Rat 27.11.2002**

## **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

### **4.1. Einrichtung einer Stadtwacht**

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2002

Herr Dreisbach erläutert den Antrag und zeigt auf, dass mittels einer Stadtwacht dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger in der Stadt nachgekommen und Sauberkeit und Ordnung verbessert werden kann und somit der Nährboden für Kriminalität entzogen wird. Das subjektive Sicherheitsempfinden, insbesondere älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger, ist in Siegen nachhaltig gestört. Treffpunkte bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Obdachloser und Alkoholiker stören eine angenehme Atmosphäre, eine Stadtwacht könnte hier zumindest für eine Verlagerung aus dem unmittelbaren Zentrum eintreten.

Der Polizei steht zu wenig Personal zur Verfügung, die angesprochenen Handlungsfelder zufriedenstellend abzudecken.

Herr Bertelmann macht darauf aufmerksam, dass der Rat in seiner Sitzung am 25.09.2002 den Antrag der UWG-Fraktion vom 21.08.2002, der dem Wortlaut unter Buchstabe a) des CDU-Antrages inhaltlich sehr nahekommt, mehrheitlich beschlossen hat. Ein diesbezüglicher Auftrag an die Verwaltung ist demnach bereits erteilt, eine Abstimmung über den unter a) genannten Beschlussvorschlag könnte demnach nur additiv zu dem o. g. Beschluss gesehen werden. Eine Vorlage zu dem Beschluss über den Antrag seiner Fraktion erwartet er innerhalb des kommenden halben Jahres. Ein Handlungskonzept sollte für das *gesamte* Stadtgebiet entwickelt werden, es sind u. a. auch Brennpunkte in Eisfeld, der Oberstadt und der Dreisbach zu berücksichtigen.

Dem unter Buchstabe b) unterbreiteten Teil des Beschlussvorschlages kann er sich nicht anschließen, da die Rechtmäßigkeit einer Betrauung ehrenamtlicher Kräfte mit hoheitlichen Aufgaben, auch aus ordnungsrechtlicher Perspektive, äußerst zweifelhaft ist.

Frau Strunk erklärt, dass nicht nur Obdachlose und Alkoholiker zu problematischen Bevölkerungsgruppen gezählt werden sollten, sondern vielmehr auch gutsituierte Bürgerinnen und Bürger, die sogenannte Kavaliersdelikte begehen. Neben der Polizei ist eine zweite Ordnungsmacht in Siegen nicht erforderlich, zumal Siegen kein „heißes Pflaster“ darstellt. Ggf. ist das Polizeipersonal zu verstärken, um an den bekannten Problemzonen mehr Präsenz zeigen zu können. Ob ABM-Kräfte oder Ehrenamtliche dermaßen geschult werden können, auf Eskalationen richtig zu reagieren, ist äußerst zweifelhaft. Viele Fragen bezüglich des Tätigkeitsfeldes einer Stadtwacht sind offen, so ist z. B. der Begriff „Fehlverhalten“ (s. I, Ziff. 1 des Antrages) zu definieren. Umweltsünden stärker zu überwachen ist sinnvoll, da sich mit zusätzlichen Einnahmen in Form von Ordnungsgeldern Personalkosten refinanzieren, aber auch diesbezüglich muss die ordnungsrechtliche Unbedenklichkeit gewährleistet sein. Dem vorliegenden Antrag kann sie nicht zustimmen.

Herr Baumeister verweist auf die seines Erachtens zwischenzeitlich gut funktionierende Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt Siegen und Polizei. Er stellt klar, dass die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben nur durch reguläre Dienstkräfte erfolgen kann. Für die Erzielung weiterer spürbarer und wirksamer Verbesserungen ist zusätzliches Personal zu beschäftigen. Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltssituation kann eine Ausweitung der Personalkosten nicht hingenommen werden. Er empfiehlt, der Verwaltung einen Prüfauftrag bezüglich Ziffer a) des von der CDU-Fraktion unterbreiteten Beschlussvorschlages zu erteilen und die Gesamtproblematik im Rahmen einer Vorlage aufzuarbeiten. Wegen schlechter praktischer Umsetzbarkeit sollte auf einen der Ziffer b) folgenden Beschluss verzichtet werden.

Herr Morgenschweis erhebt die Empfehlung von Herrn Baumeister zum Antrag. Er regt an, nach internationalem Vorbild eine Vermietung bzw. Verpachtung von Straßenzügen in die Überlegungen einzubeziehen.

Der Buchstabe a) des Beschlussvorschlages wird von der FDP-Fraktion als sinnvoll erachtet, zu Punkt b) wird seine Fraktion aufgrund der Problematik „Vereinbarkeit von Ehrenamtlichkeit und Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben“ unterschiedlich abstimmen, so Herr Walter.

Die Lebensqualität innerhalb der Stadt Siegen bewertet Herr Kirchhöfer weder hinsichtlich der Sicherheit noch bezüglich der Sauberkeit als negativ. Problemen kann mit uniformierten Ehrenamtlichen oder ABM-Kräften nicht wirksam begegnet werden. Die im Antrag genannten Tätigkeitsfelder fallen allein in den Zuständigkeitsbereich der Polizei. Er fordert, der Empfehlung von Herrn Baumeister zu folgen, da der Antrag nicht entscheidungsreif ist.

Die Ordnungspartnerschaft zwischen Stadt Siegen und Polizei funktioniert nach Meinung von Herrn Dreisbach nicht so komplikationslos, wie vom Kämmerer dargestellt.

Herr Bürgermeister Stötzel vertritt die Auffassung, dass das Grundanliegen des Antrages berechtigt ist. Zu klären ist, mit welchen Mitteln die angesprochenen Ziele erreicht werden können.

Frau Flohren legt dar, dass sich in der vergangenen Zeit eine gute Präsenz von Polizeistreifen im Stadtgebiet entwickelt hat. Das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger wurde wirksam gestärkt. Teilnehmer an „Arbeit statt Sozialhilfe“-Projekten in eine Stadtwacht zu integrieren erachtet sie als problematisch, da die Zielsetzung der o. g. Projekte eine Vermittlung der Adressaten in den ersten Arbeitsmarkt ist.

Die Kriminalitäts- und Vandalismusrate ist in Siegen nicht übermäßig hoch, so Herr Groß. Er sieht weder Handlungsbedarf im Sinne des Antrages noch die Notwendigkeit der Erteilung eines Prüfauftrages. Der Antrag schürt Verunsicherung, indem er einen Negativzustand suggeriert, der nicht den Tatsachen entspricht. Bevölkerungsgruppenspezifische Probleme sollten nicht mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen bekämpft, sondern im präventiven Bereich angegangen werden. Sollte entgegen seinem Wunsch dennoch der von Herrn Baumeister empfohlene Prüfauftrag erteilt werden, so fordert er, eine offizielle Stellungnahme der Polizei zur Situationseinschätzung und zum Bedarf einzuholen.

Herr Köhl führt aus, dass die Anzahl der Delikte mit einer Stadtwacht nicht reduziert werden kann. Bezüglich wünschenswerter Präventionsmaßnahmen schließt er sich dem Wortbeitrag seines Vorredners an.

#### **Beschluss (auf Antrag von Herrn Morgenschweis):**

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit der Einrichtung einer Stadtwacht, bestehend aus zunächst fünf Beschäftigten im Rahmen einer ABM-Maßnahme oder des Projektes Arbeit statt Sozialhilfe, umfassend zu überprüfen und die Gesamtproblematik mittels einer Vorlage aufzuarbeiten.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 19 Gegenstimmen**

**33. Rat 27.11.2002**

#### **5. Lokale Agenda 21 in Siegen hier: Leitbilder der Arbeitsgruppen**

Vorlagenr. 2318/2002 - Vorlage vom 25.10.2002

Herr Groß erinnert an die Zusage der Verwaltung im Haupt- und Finanzausschuss, ein Leitbild für die Agendaarbeit der Stadtverwaltung Siegen nachzuliefern.

Die Agendagruppen werden schlecht frequentiert und die Resultate sind spärlich, so Herr Al-Omary. Sollte sich dieser Zustand innerhalb von zwei Jahren nicht ändern, so sollte ein kompletter Ausstieg aus der Lokalen Agenda erfolgen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Leitbilder der Arbeitsgruppen der Lokalen Agenda 21 in Siegen zur Kenntnis.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**6. Siegerlandmuseum im Oberen Schloss  
hier: Fortführung Kombiticket**

Vorlagenr. 2282/2002 - Vorlage vom 18.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die dauerhafte Fortführung des Kombitickets für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Museum für Gegenwartskunst. Die zur Zeit gültige Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss vom 19.12.2001 wird insoweit ergänzt.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**7. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen  
Ausgaben des III. Quartals 2002**

Vorlagenr. 2295/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1 zur Vorlage)	40.482,50 € und
im Vermögenshaushalt (Anlage 2 zur Vorlage)	299.342,72 €

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**8. Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer  
aufgrund der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes NRW**



Vorlagennr. 2306/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

dazu: Ergänzungsvorlagennr. 2306/2002 A - Vorlage vom 18.11.2002

Herr Baumeister unterrichtet, dass aufgrund des Verwaltungsvorschlages zahlreiche Proteste vorgetragen wurden. Gegen die Anhebung der Vergnügungssteuer wendet sich vor allem der Verband der Automatenaufsteller. Gewinnorientierte Spielautomaten in Spielhallen würden dermaßen belastet, dass eine Gefährdung von Arbeitsplätzen in diesem Bereich nicht auszuschließen ist.

Die Arbeitsgemeinschaft Glückspielsucht argumentiert mit hohen, sozial unverträglichen Folgekosten der Spielsucht und spricht sich für eine noch stärkere Erhöhung der Vergnügungssteuer auf gewinnorientierte Spielautomaten aus, als vorgeschlagen.

Unter Abwägung aller der Verwaltung zugegangenen Informationen sollte der als ausgewogen zu bewertende Beschlussvorschlag unverändert bleiben.

Bei der Beurteilung der Sachlage sollte nach Meinung von Herrn Kirchhöfer weniger die fiskalische Bereicherung, sondern mehr die ordnungspolitische Seite gewichtet werden. Der unterbreitete Beschlussvorschlag ist ein vernünftiger Weg, Spielsucht wirkungsvoll zu bekämpfen.

Wenn durch eine höhere kostenmäßige Belastung der Spielhallen die Anzahl derer ggf. sogar reduziert werden kann und in Bebauungsplanverfahren die Entstehung zusätzlicher Spielhallen verhindert werden kann, so sollte dies zum Schutz Suchtgefährdeter, insbesondere der Jugendlichen, erfolgen, meint Herr Schneider.

Eine drastische Senkung der Anzahl an Spielautomaten ist wünschenswert, so Herr Krombach. Er wird den Beschlussvorschlag mittragen.

Herr Bertelmann ist der Auffassung, dass durch höhere Kosten eine Änderung im Suchtverhalten nicht erreicht werden kann und somit der ordnungspolitische Charakter der Erhöhung der Vergnügungssteuer äußerst fraglich erscheint. Im Sinne des Haushaltssicherungskonzeptes sind nicht nur Einnahmeerhöhungen, sondern auch Ausgabesenkungen in Betracht zu ziehen. Eine Steuererhöhung sollte nur dann beschlossen werden, wenn auf anderer Seite eine konsequente Kostenreduzierung angestrebt wird. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben, er wird der Vorlage nicht zustimmen.

Lenkungs- bzw. ordnungspolitische Auswirkungen einer Steuererhöhung stellt Herr Walter zumindest stark in Frage. Ein wirksames Suchtbekämpfungsmittel sieht er hierin nicht. Zu bedenken ist, dass letzten Endes der Personenkreis der Spielsüchtigen getroffen wird. Die FDP-Fraktion wird getrennt abstimmen.

Herr Schmidt macht geltend, dass sich das Suchtverhalten durch eine Steuererhöhung eher nicht beeinflussen lässt. Da Spielautomaten nicht der Deckung von Grundbedürfnissen des täglichen Lebens dienen, kann aber dennoch eine finanziell höhere Belastung erfolgen. Die Anzahl ggf. gefährdeter Arbeitsplätze fällt seines Erachtens nicht ins Gewicht.

In einer Erhöhung städtischer Einnahmen sieht Herr Mues Grund genug, die Vergnügungssteuer anzuheben. In diesem Zusammenhang die Suchtbekämpfung anzuführen, empfindet er als unehrliches „Hilfsargument“.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer gemäß der Anlage 1 zu Vorlage 2306/2002 inklusive der in Vorlage 2306/2002 A dargestellten Ergänzung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

9. **Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 „Eiserfelder Straße“ im Stadtteil Eiserfeld;**  
**hier: 1. Auf § 31 GO wird hingewiesen**  
**2. Beschluss der Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Vorlagenr. 2163/2002 - Vorlage vom 21.08.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

- 10. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2002  
hier: 10. Änderungssatzung**

Vorlagenr. 2315/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

Herr Mues lobt die Verwaltung für die, gleichbleibende Qualität in Straßenreinigung und Winderdienst vorausgesetzt, erfreuliche Kostenentwicklung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 10. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

- 11. Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001  
hier: 9. Änderungssatzung**

Vorlagenr. 2316/2002 - Vorlage vom 16.10.2002

Herr Walter kritisiert das Verhalten des Kreises Siegen-Wittgenstein, der sich seines Erachtens zu wenig Gedanken über Alternativen zur Müllverbrennung in Iserlohn macht. Dringender Handlungsbedarf ist gegeben.

Herr Schiemer führt aus, dass die Kommunen an den auf Kreisebene geführten Diskussionen nicht gänzlich unbeteiligt waren. Grundsätzlich ist die Schließung von Deponien aufgrund des hohen Landschaftsverbrauches zu begrüßen. Die Müllverbrennung wird durch die derzeit bedauerlicherweise noch starren Regelungen im Abfallwirtschaftsplan aufgezwungen. Der Diskussionsprozess zur Modifizierung dieser starren Regelungen zwischen Stadt und Kreis muss in Kooperation mit Bezirks- und Landesregierung fortgeführt werden.

Herr Bertelmann zeigt auf, dass allein § 1 Abs. 3 des Landesabfallgesetzes, dessen Verfassungsmäßigkeit zweifelhaft ist, zur Beurteilung der Sachlage maßgebend ist.

Vorgaben der Landesregierung sind schuld an dem Dilemma und nicht der Kreis, so auch Herr Mues. Er stellt fest, dass die Abfallbeseitigungsgebühren aufgrund der durch die Stadt zu verantwortenden Tatbestände nicht erhöht werden müssten. Den

Gebührenpflichtigen sollte verdeutlicht werden, dass die Stadt Siegen keine Schuld an der Gebührenerhöhung trägt. Er bittet die Verwaltung, bei Fertigung der neuen Heranziehungsbescheide einen deutlichen diesbezüglichen Hinweis zu geben.

Einen solchen Hinweis erachtet Herr Kirchhöfer nicht als sinnvoll, zumal die „TA Siedlungsabfall“ eindeutige Vorgaben gibt, die keinen Handlungsspielraum lassen. Fraglich ist, ob die KAG-Voraussetzungen bei einer Veränderung der Abschreibensätze unbedenklich sind.

Die Musterklage der Gemeinde Burbach, der sich die Stadt Siegen angeschlossen hat, ist in Vorbereitung, so Herr Brune. Alle kreisangehörigen Gemeinden haben Widerspruch gegen die Gebührenbescheide des laufenden Jahres erhoben. Auch gegen die neuen Gebührenbescheide wird ein förmlicher Widerspruch eingelegt.

Frau Strunk zeigt auf, dass ein Vertreter des Kreises Siegen-Wittgenstein in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie das derzeit in Entwicklung befindliche Konzept vorstellen wird. Die Verwaltung erarbeitet eine Vorlage zum weiteren Vorgehen. Positiv zu bewerten ist das flexible Müllabfuhrsystem, bei dem Behältergröße und Abfuhrhythmus von den Gebührenpflichtigen eigenbestimmt werden können. Vor dem Hintergrund der Kostenentwicklung müssen künftig Maßnahmen der Müllvermeidung zunehmend ins Blickfeld geraten.

Herr Bürgermeister Stötzel bedauert, dass die Zentraldeponien Fludersbach und Herzhausen noch über Jahre zu entsorgenden Restmüll hätten aufnehmen und somit die Gebührenbelastung hätten schmälern können. Unverständlich ist, dass unter Inkaufnahme eines enormen Energieaufwandes dieser Restmüll der Verbrennung zugeführt wird, obwohl alle brennbaren Stoffe zuvor anderen Entsorgungszweigen zugeleitet wurden.

Die Deponierung von Restmüll auf den bestehenden Zentraldeponien ist nicht einwandfrei, so Herr Boller. So sind dem Stand der Technik entsprechende Anforderungen, wie z. B. eine Basisabdichtung, nicht erfüllt.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 2 beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 5 Gegenstimmen und 18 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

- 12. Wiederherstellung des Rehbachs  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

Vorlagenr. 2304/2002 - Vorlage vom 11.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 22.10.2002:

Für die Wiederherstellung des Rehbachs wird überplanmäßig ein Betrag von 128.000,00 Euro gem. § 82 GO NW bereitgestellt.

Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt - bis zur endgültigen Klärung der versicherungsrechtlichen Fragen - vorläufig über das für die Hochwasserschäden eingerichtete Vorschusskonto. Sollte es nicht oder nur teilbetraglich zu einer Kostenübernahme kommen, wird insoweit auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2215/2002 - Finanzierung der Auswirkungen der Starkregenfälle im Stadtgebiet - Bezug genommen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**13. Radwegbrücke An der Unterführung  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

Vorlagenr. 2268/2002 - Vorlage vom 22.10.2002

Herr Boller weist darauf hin, dass sich ein zur Herstellung der Zuwegung zur Brücke benötigtes Grundstück noch nicht im Besitz der Stadt befindet, wie einer Vorlage zu entnehmen ist, die seinerzeit dem Bauausschuss vorgelegt wurde. Weiterhin dient die geplante Brücke weniger als Radweg (dieser führt 100 Meter entfernt durch die Diemstraße), sondern vielmehr als Zuwegung zu den Parkplätzen der Berufsschule. Die Verwaltung sollte aufgefordert werden, unter Berücksichtigung der Überlegungen zum Busbereitstellungsplatz ein Gesamtkonzept für den Bereich hinter der Bahn vorzulegen. Seine Fraktion wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Grunderwerb ist zum Bau der Brücke nicht erforderlich, die Zuwegung ist über vorhandene Straßen gesichert, so Herr Brune.

Herr Bürgermeister Stötzel bringt vor, dass in dem Bau der Brücke ein Lückenschluss in der Radwegführung entlang der Sieg zu sehen ist.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9550.5 - 42 Radweg Brücke An der Unterführung, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 65.000,00 € gemäß § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für den Ausbau von Stadtstraßen und Gehwegen - in entsprechender Höhe.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung**

**33. Rat 27.11.2002**

**14. Brücke An der Setze**  
**hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

Vorlagenr. 2285/2002 - Vorlage vom 25.10.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9533.5 - 33 Brücke an der Setze, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 41.000,00 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 - 85 Busdispositionssystem am ZOB, Baukosten - in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2001 - 2005 haushaltsverträglich eingeplant.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**15. Ausschussneubesetzungen**

**15.1. Ausschussneubesetzung  
hier: Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

Vorlagennr. 2338/2002 - Vorlage vom 12.11.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hermann Gerhardus als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

**15.2. Ausschussneubesetzungen  
hier: Vergabeausschuss, Bezirksausschuss V - Siegen-West -, Ausschuss für Schul- und Bildungswesen und Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

Vorlagennr. 2366/2002 - Vorlage vom 26.11.2002

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

- a) in den Vergabeausschuss:  
Herrn Ansgar Cziba (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
- b) in den Bezirksausschuss V - Siegen-West -:  
Frau Angela Jung (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
- c) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:  
Herrn Georg Sallen (s. B.) als ordentliches Mitglied
- d) in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:  
Frau Dorothea Schleifenbaum (Stv) als ordentliches Mitglied

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**33. Rat 27.11.2002**

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Institut Museen  
Bearbeitet von: Prof. Dr. Ursula Blanchebarbe,  
Kai-Uwe Gehrke

Datum  
18.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Kulturausschuss</b>	<b>05.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Siegerlandmuseum im Oberen Schloss**  
**hier: Fortführung Kombiticket**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kulturausschuss nimmt den Bericht über den Erfolg des Kombitickets während der Ausstellung „Maria Lassnig“ zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Siegen die Fortführung des Kombitickets.

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die dauerhafte Fortführung des Kombitickets für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss und das Museum für Gegenwartskunst. Die zurzeit gültige Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum im Oberen Schloss vom 19.12.2001 wird insoweit ergänzt.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat auf Empfehlung des Kultur- und des Haupt- und Finanzausschusses in seiner Sitzung am 06.02.2002 die Einführung des Kombitickets für die Ausstellung „Maria Lassnig“ in der Zeit vom 23.06. - 01.09.2002 beschlossen. In den politischen Beratungen war es einhellige Meinung, diese Zeit als Testphase für ein generelles Kombiticket anzusehen, um eine dauerhafte Vernetzung des Siegerlandmuseums im Oberen Schloss und des Museums für Gegenwartskunst zu erreichen. Nach Abschluss der genannten Ausstellung sollte die Verwaltung dem Kulturausschuss einen Erfahrungsbericht erstatten.

Aufgrund der guten Besucherresonanz in beiden Häusern (Siegerlandmuseum im Oberen Schloss: 6.700 Besucher; Museum für Gegenwartskunst: 8.500 Besucher) wurden die korrespondierenden Ausstellungen „Peter Paul Rubens - Die Stecher



seiner Werkstatt“ und „Maria Lassnig“ einvernehmlich bis zum 29.09.2002 verlängert. Während der gesamten Ausstellungsphase setzten die beiden Häuser insgesamt 276 Kombitickets unterschiedlicher Kategorie ab. Die Verteilung der Verkaufszahlen auf die beiden Museen ist aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Preiskategorien	Verkauf SLM <sup>1</sup>	Verkauf MfGK <sup>2</sup>	Gesamtzahlen
9,00 € (Familienkarte)	1	3	4
4,50 € (normaler Eintritt)	22	233	255
3,00 € (ermäßigter Eintritt sowie Erwachsenengruppen)	12	4	16
1,20 € (Kindergruppen u.ä.)	1	-	1

Tabelle: Verkaufsstatistik

Es ist beabsichtigt, diese Kooperation weiterzuführen. Zum einen kann dieser positiv verlaufenen Eingewöhnungsphase der Zuspruch zum Kombiticket sicherlich noch intensiviert werden, zum anderen ist dies ein Angebot, welches sowohl Besuchern der Stadt Siegen als auch Einwohnern Siegens unbedingt bereitgestellt werden sollte.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Werner Rohr  
 Stadtrat

<sup>1</sup> Siegerlandmuseum im Oberen Schloss

<sup>2</sup> Museum für Gegenwartskunst

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Kämmerei  
Bearbeitet von: Oda Fischer/ Christoph Ermert

Datum  
16.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

### **Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals 2002**

---

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen nimmt von den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals des Haushaltsjahres 2002 Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1) 40.482,50 €

im Vermögenshaushalt (Anlage 2) 299.342,72 €

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Nach § 82 GO in Verbindung mit dem Ratsbeschluss über die Zuständigkeitsabgrenzung für die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben vom 28.11.2001 sind die über- und außerplanmäßigen Ausgaben dem Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen, die nicht der vorherigen Zustimmung des Rates bedürfen.

Hiermit werden die im III. Quartal 2002 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes (Anlage 1) und des Vermögenshaushaltes (Anlage 2) zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Gemäß § 82 Abs. 1 GO ist die Deckung der über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben in jedem Einzelfall durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben gegenüber der Haushaltsveranschlagung sichergestellt worden.

Die über-/außerplanmäßigen Ausgaben sind folgendermaßen abgedeckt:

1. **Verwaltungshaushalt**

Mehreinnahmen	16.702,50 €
Minderausgaben	<u>23.780,00 €</u>
Summe	40.482,50 €

2. **Vermögenshaushalt**

Mehreinnahmen	116.522,59 €	
Minderausgaben	<u>182.820,13 €</u>	
Summe		299.342,72 €

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen:

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich Stadtkasse / Steuern  
Bearbeitet von: Frau Schäfer (FB 3/2.3)

Datum  
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer  
aufgrund der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes NRW**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Vergnügungssteuer gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Das Kommunalisierungsmodellgesetz NRW tritt nach fünfjähriger Geltungsdauer zum 31. Dezember 2002 außer Kraft. Auf der Grundlage dieses Gesetzes konnten Gemeinden „zur Erprobung neuer Modelle zur Aufgabenerledigung“ auf Antrag durch Rechtsverordnung des Innenministeriums von einigen Gesetzen und Verordnungen, so auch von Vorschriften des Vergnügungssteuergesetzes NRW hinsichtlich der Höhe der Steuersätze mit der Maßgabe befreit werden, dass sie abweichende Steuersätze durch Satzung selbst festlegen. An diesem Modellversuch haben verschiedene Städte in Nordrhein-Westfalen (z.B. Bielefeld, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Köln, Oberhausen) teilgenommen.

Die Anhebung der Steuersätze auf der Grundlage speziell erlassener oder geänderter Vergnügungssteuersatzungen führte - zumindest aus fiskalischer Sicht - insgesamt zu positiven Ergebnissen. Als Ziel des Landesgesetzgebers, im Rahmen dieses Modellversuchs sowohl die finanzielle Leistungsfähigkeit als auch die Eigenverantwortlichkeit der Kommunen zu stärken, kann nach den vorliegenden Erkenntnissen als erreicht betrachtet werden. Demzufolge wird das derzeitige Vergnügungssteuergesetz NRW vom 14.12.1965 zum 31.12.2002 außer Kraft gesetzt bzw. aufgehoben. Das Gesetzgebungsverfahren ist durch die Landesregierung eingeleitet worden.

Mit der Aufhebung des Vergnügungssteuergesetzes sind die nordrhein-westfälischen Gemeinden aufgrund der §§ 1-3 Kommunalabgabengesetz NRW berechtigt, die Vergnügungssteuer auf der Basis einer genehmigungsfreien Vergnügungssteuersatzung ab 01. Januar 2003 weiterhin zu erheben.

Bei der Schaffung einer neuen Rechtsgrundlage für die Vergnügungssteuererhebung ist es den Kommunen u.a. freigestellt, die bisher normierten Steuertatbestände zu modifizieren oder deren Umfang zu verringern oder auszuweiten. Die Gestaltungsfreiheit erstreckt sich beispielsweise auch auf die Festlegung der Steuermaßstäbe und -sätze sowie die Art der Steuerfestsetzung (Steuerbescheid, Steueranmeldung).

Die von der Verwaltung erarbeitete und als Anlage 1 beigefügte Vergnügungssteuersatzung orientiert sich an einer Mustersatzung des Deutschen Städtetages und übernimmt im Wesentlichen die Strukturen des derzeitigen Vergnügungssteuergesetzes NRW (Aufbau, Gliederung, Inhalt), weicht aber gleichwohl von zahlreichen Einzelvorschriften des Landesgesetzes ab, weil sich diese zum Teil als antiquiert, überflüssig, rechtlich bedenklich, zu kompliziert, lückenhaft oder widersprüchlich erwiesen haben.

Die sich bei der Vergnügungssteuer ergebenden Veränderungen für die Steuerschuldner sind aus der Anlage 2 ersichtlich. Hinzuweisen ist darauf, dass die von der Verwaltung jetzt vorgeschlagenen Steuersätze sich an den Festsetzungen von Städten vergleichbarer Größenordnung in NRW orientieren.

Es ergeben sich insbesondere Mehrbelastungen für die Betriebe, die gewinnorientierte Automaten in Spiel- und Gaststätten unterhalten. Hierdurch soll auch dem ordnungspolitischen Charakter der Vergnügungssteuer und dem damit verbundenen Lenkungszweck Rechnung getragen werden. Im o.a. Modellversuch wurde deutlich, dass die Erhöhungen rechtlich und ökonomisch vertretbar sind; Befürchtungen, dass die Gemeinden Steuersätze knapp unter der Erdrosselungsgrenze festsetzen würden, haben sich nicht bestätigt.

So ergibt sich z.B. für Geldspielgeräte in Spielhallen eine monatliche Mehrbelastung in Höhe von 62,00 Euro und für sonstige Apparate in Höhe von 15,00 Euro, wohingegen die Beträge für Automaten in Gaststätten für Geldspielgeräte um 5,00 Euro und für sonstige Apparate um 0,50 Euro angehoben werden.

Lediglich bei sog. „Gewaltspielautomaten“, soweit diese überhaupt rechtlich zugelassen sind, wurde eine deutliche Erhöhung von bisher bis zu 138,00 Euro auf 400,00 Euro vorgenommen. Dies war bisher aufgrund des Vergnügungssteuergesetzes NRW nicht möglich. Jedoch wird hierdurch der Lenkungszweck der Steuererhebung verwirklicht, indem die Verbreitung von „Gewaltspielautomaten“ und ähnlichen Geräten eingedämmt wird. Ein entsprechender Formulierungsvorschlag ist in der Satzung enthalten. Hinweis: Bisher sind solche Geräte in der Stadt Siegen nicht registriert worden.

Die Steuersätze für Tanzveranstaltungen und sonstige Veranstaltungen bleiben unverändert bzw. liegen moderat über den bislang nach dem Vergnügungssteuergesetz NRW zulässigen Sätzen und orientieren sich an einem Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein (Mehreinnahmen 2003 ca. 0,19 Mio. €)

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH - Entwurf -	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit ca. 0,71 Mio. €	Haushaltsstelle 1.900.0210.1
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister  
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel  
Bürgermeister

Anlage 1: Satzung

Anlage 2: Übersicht Vergnügungssteuersätze

**Satzung  
über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Stadt Siegen  
(Vergnügungssteuersatzung) vom .....**

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am ..... die nachfolgende Satzung beschlossen.

Die Satzung beruht auf:

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt vom 30.04.2002 (GV.NRW. S. 160 ff.) [In-Kraft-Treten zum 01.01.2003].

§§ 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV.NRW. 1969, S. 712) zuletzt geändert durch Art. 74 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an den Euro vom 25.09.2001 (GV.NRW. 2001, S. 708).

**I. Allgemeine Bestimmungen**

**§ 1  
Steuergegenstand**

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Stadt Siegen veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen) gewerblicher Art:

1. Tanzveranstaltungen;
2. Striptease-Vorführungen und Darbietungen ähnlicher Art;
3. Vorführungen von pornographischen und ähnlichen Filmen oder Bildern – auch in Kabinen -;
4. Ausspielungen in Spielklubs, Spielkasinos und ähnlichen Einrichtungen;
5. das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in
  - a) Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen,
  - b) Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.

## **§ 2**

### **Steuerfreie Veranstaltungen**

Steuerfrei sind

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen von Vereinen;
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe;
3. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 11 angegeben worden ist und der verwendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht;
4. das Halten von Apparaten nach § 1 Nr. 5 im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

## **§ 3**

### **Steuerschuldner**

Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter). In den Fällen des § 1 Nr. 5 ist der Halter der Apparate (Aufsteller) Veranstalter.

## **§ 4**

### **Erhebungsformen**

- (1) Die Steuer wird erhoben als
  1. Kartensteuer nach §§ 5 und 6,
  2. Pauschsteuer nach §§ 7 bis 10.
- (2) Ist die Pauschsteuer höher als die Kartensteuer, wird die Pauschsteuer erhoben.
- (3) Die Steuer ist für jede Veranstaltung gesondert zu berechnen. Finden im Zeitraum eines Kalendermonats mehrere Veranstaltungen gleicher Art desselben Veranstalters und am gleichen Ort statt, so wird eine Pauschsteuer nach Absatz 1 Ziff. 2 nur dann erhoben, wenn bei Zusammenfassung aller Veranstaltungen dieses Zeitraums die Pauschsteuer höher ist als die Kartensteuer.



## **II. Kartensteuer**

### **§ 5 Eintrittskarten**

- (1) Wird für eine Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Veranstalter verpflichtet, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise, die im Sinne dieser Satzung als Eintrittskarten gelten, auszugeben.
- (2) Der Veranstalter ist verpflichtet, auf die Eintrittspreise sowie gegebenenfalls auf Art und Wert der Zugaben nach § 6 Abs. 2 am Eingang zu den Veranstaltungsräumen und an der Kasse in geeigneter Weise an für die Besucher leicht sichtbarer Stelle hinzuweisen.
- (3) Bei der Anmeldung der Veranstaltung (§ 11) hat der Veranstalter die Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise, die zu der Veranstaltung ausgegeben werden sollen, der Stadt Siegen vorzulegen.
- (4) Über die ausgegebenen Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise hat der Veranstalter für jede Veranstaltung einen Nachweis zu führen. Dieser ist sechs Monate lang aufzubewahren und der Stadt Siegen auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Die Abrechnung der Eintrittskarten ist der Stadt Siegen binnen 7 Werktagen nach der Veranstaltung, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Kalendermonats vorzulegen.

### **§ 6 Steuermaßstab und Steuersatz**

- (1) Die Kartensteuer wird nach Preis und Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten (§ 5) berechnet. Sie ist nach dem Entgelt zu berechnen, wenn dieses höher ist als der auf der Eintrittskarte ausgegebene Preis.
- (2) Entgelt ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird. In einem Teilnahmeentgelt enthaltene Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben bleiben bei der Steuerberechnung außer Ansatz. Sofern der Wert der den Teilnehmern gewährten Zugaben nicht exakt ermittelt werden kann, legt die Stadt Siegen den Abzugsbetrag nach Satz 2 unter Würdigung aller Umstände pauschal fest.
- (3) Der Steuersatz beträgt 22 v.H. des Entgelts.
- (4) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter vom Nachweis der Anzahl der ausgegebenen Eintrittskarten und ihrer Preise befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

### III. Pauschsteuer

#### § 7

#### Nach dem Spielumsatz

- (1) Für Spielklubs, Spielkasinos und ähnliche Einrichtungen beträgt die Pauschsteuer 6 v.H. des Spielumsatzes. Spielumsatz ist der Gesamtbetrag der eingesetzten Spielbeträge.
- (2) Der Spielumsatz ist der Stadt Siegen spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe des Spielumsatzes befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

#### § 8

#### Nach der Anzahl der Apparate

- (1) Die Pauschsteuer für das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten wird nach deren Anzahl erhoben.
- (2) Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 5 a) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	200,00 Euro
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	45,00 Euro

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit	50,00 Euro
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit	23,00 Euro

3. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 5 a und b) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/ oder Tiere dargestellt werden oder die die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornografischer und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben. Die rechtliche Zulassung der Geräte ist Voraussetzung.

400,00 Euro

- (3) Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtung als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.

- (4) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.
- (5) Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates sowie jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich anzuzeigen. Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeneingangs. Ein Apparatetausch im Sinne des Abs. 4 braucht nicht angezeigt zu werden.

## **§ 9**

### **Nach der Größe des benutzten Raumes**

- (1) Für die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 3 ist die Pauschsteuer nach der Größe des benutzten Raumes zu erheben, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird. Die Größe des Raumes berechnet sich nach dem Flächeninhalt der für die Veranstaltung und die Teilnehmer bestimmten Räume einschließlich des Schankraumes, aber ausschließlich der Küche, Toiletten und ähnlichen Nebenräumen. Entsprechendes gilt für Veranstaltungen im Freien.

- (2) Die Pauschsteuer beträgt je Veranstaltungstag und angefangene zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche bei Veranstaltungen

nach § 1 Nr. 1 1,00 Euro

nach § 1 Nrn. 2 und 3 2,00 Euro

Endet eine Veranstaltung erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zu Grunde gelegt.

- (3) Die Stadt Siegen kann den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn die Ermittlung der Veranstaltungsfläche besonders schwierig ist.

## **§ 10**

### **Nach der Roheinnahme**

- (1) Die Pauschsteuer ist, soweit sie nicht nach den Vorschriften der §§ 7, 8 und 9 festzusetzen ist, nach der Roheinnahme zu berechnen. Der Steuersatz beträgt 22 v.H. Als Roheinnahme gelten sämtliche vom Veranstalter gemäß § 6 Abs. 2 von den Teilnehmern erhobenen Entgelte.
- (2) Die Roheinnahmen sind der Stadt Siegen spätestens 7 Werktage nach der Veranstaltung zu erklären. Bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen sind die Erklärungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Monats abzugeben.
- (3) Die Stadt Siegen kann den Veranstalter von dem Einzelnachweis der Höhe der Roheinnahme befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

## **IV. Gemeinsame Bestimmungen**

### **§ 11**

#### **Anmeldung und Sicherheitsleistung**

- (1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nrn. 1 – 4 sind spätestens zwei Wochen vor deren Beginn bei der Stadt Siegen anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen. Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, sind umgehend anzuzeigen.
- (2) Die Stadt Siegen ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen. Bei mehreren geplanten Veranstaltungen innerhalb eines Kalendermonats ist der Gesamtbetrag dieses Monats maßgebend. Die Sicherheitsleistung beträgt im Fall des § 1 Nr. 4 mindestens 10.000,00 Euro.

### **§ 12**

#### **Entstehung des Steueranspruches**

- (1) Der Vergnügungssteueranspruch entsteht mit dem Abschluss der Veranstaltung.
- (2) Im Falle der Pauschsteuer nach der Anzahl der Apparate (§ 8) entsteht der Vergnügungssteueranspruch mit der Aufstellung des Apparates an den in § 1 Nr. 5 genannten Orten.

### **§ 13**

#### **Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Stadt Siegen ist berechtigt, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen die Pauschsteuer für einzelne Kalendervierteljahre im Voraus festzusetzen. In diesen Fällen ist die Steuer für das jeweilige Kalendervierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu entrichten. Die Steuer kann auf Antrag zu je einem Zwölftel des Jahresbeitrages am 15. jeden Kalendermonats entrichtet werden.
- (2) Die Vergnügungssteuer, die für zurückliegende Zeiträume festgesetzt wird, ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

### **§ 14**

#### **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 20 Abs. 2 Buchstabe b) des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969, in der jeweils geltenden Fassung, handelt, wer als Veranstalter vorsätzlich oder leichtfertig folgenden Vorschriften bzw. Verpflichtungen zuwiderhandelt:

1. § 5 Abs. 1: Ausgabe von Eintrittskarten

- 2. § 5 Abs. 2: Hinweis auf Eintrittspreise
- 3. § 5 Abs. 3: Vorlage der Eintrittskarten bei der Anmeldung der Veranstaltung
- 4. § 5 Abs. 4: Führung und Aufbewahrung des Nachweises über die ausgegebenen Eintrittskarten
- 5. § 5 Abs. 5: Abrechnung der Eintrittskarten
- 6. § 7 Abs. 2: Erklärung des Spielumsatzes
- 7. § 8 Abs. 5: Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates sowie Änderung (Erhöhung) des Apparatebestandes
- 8. § 10 Abs. 2: Erklärung der Roheinnahmen
- 9. § 11 Abs. 1: Anmeldung der Veranstaltung und umgehende Anzeige von steuererhöhenden Änderungen

## **§ 15 Inkrafttreten**

Diese Vergnügingssteuersatzung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vergnügingssteuersatzung der Stadt Siegen vom 12.07.1988, zuletzt geändert am 29.11.2001, außer Kraft.

**Gegenüberstellung der Vergnügungs-  
steuersätze und voraussichtlichen Mehr-  
einnahmen**

Besteuerungsgrundlage	Bisher festgesetzte Vergnügungsteuer in €	Neu festgesetzte Vergnügungsteuer in €	Differenz	Be- rech- nung s- fak- tor *1)	Mehreinnahme pro Jahr in €
Geldspielgeräte in Spielhallen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) monatlich	138,00	200,00	62,00	204 Apparate	151.776,00
Sonstige Apparate in Spielhallen (§ 8 Abs. 2 Nr. 1) monatlich	30,00	45,00	15,00	151 Apparate	27.180,00
Geldspielgeräte in Gaststätten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2) monatlich	45,00	50,00	5,00	152 Apparate	9.120,00
Sonstige Apparate in Gaststätten (§ 8 Abs. 2 Nr. 2) monatlich	22,50	23,00	0,50	57 Apparate	342,00
Gewaltverherrlichende Spielgeräte (§ 8 Abs. 2 Nr. 3) monatlich	-	400,00	400,00	0	*2)
Tanzveranstaltungen (§ 9 Abs. 2) für jede ange- fangenen 10 m² Veransthfläche pro Veransth.	1,00	1,00	0,00	1.87 2,91 m²	0,00

sonstige Veranstalt. (§ 9 Abs. 2) für jede angefangenen 10 m² Veranstalt.fläche pro Veranst.	1,60	2,00	0,40	444 m²	457,60
Kartensteuer (§ 6 Abs. 3)	20 %	22 %	2 %	0	*3)
Pauschsteuer nach dem Spielumsatz in Spielkasinos (§ 7 Abs. 1)	5 %	6 %	1 %	0	*3)
Pauschsteuer nach der Roheinnahme bei Veranstaltungen (§ 10 Abs. 1)	5 %	22 %	17 %	0	*3)
				<b>Gesamt:</b>	<b>188.875,6</b>

**Erläuterungen:**

\*1) Die Berechnung erfolgt nach dem derzeitigen Stand (Auswertung 26.09.2002).

Die Mehreinnahmen ergeben sich unter der Voraussetzung gleichbleibender Meldedaten.

\*2) Entsprechende Apparate sind bisher nicht als solche erfasst (siehe Erläuterungen der Verwaltungsvorlage Seite 2)

\*3) Die Besteuerung regelmäßiger Veranstaltungen erfolgt derzeit ausschließlich nach der Größe des Veranstaltungsraumes (§9).

Die bisher durch das Vergnügungssteuergesetz festgeschriebenen Sätze wurden dem Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes NRW angepasst.





## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 7 / Stadtplanung  
Bearbeitet von: Rainer Brede

Datum  
21.08.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Bezirksausschuss VI - Eiserfeld</b>	<b>04.09.2002</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>28.10.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes  
Nr. 323 "Eiserfelder Straße" im Stadtteil Eiserfeld;**

**hier: 1. Auf § 31 GO wird hingewiesen**

**2. Beschluss der Veränderungssperre gemäß § 16 Abs. 1 BauGB  
als Satzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" laut Anlage 2 zur Vorlage als Satzung.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 19.12.2001 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße" beschlossen.

Das Plangebiet ist ca. 2,5 ha groß und grenzt unmittelbar an die Eiserfelder Straße. Es wird bis auf einige Wohnhäuser sowie einige noch unbebaute Grundstücke gewerblich genutzt. Planungsziel ist es, die gewerbliche Nutzungsstruktur unter Berücksichtigung der anderen vorhandenen Nutzungen zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Ohne die Aufstellung des Bebauungsplanes hätte eine Bauvoranfrage für einen Lebensmittelmarkt, der der vorhandenen Nutzungsstruktur und dem Planungsziel der Stadt Siegen sowie dem Einzelhandelsentwicklungskonzept widerspricht und die geplante Neuordnung der Ortsmitte Eiserfeld gefährdet, positiv beschieden werden müssen.

Durch den durch die Ausstellung des Bebauungsplanes Nr. 323 anwendbaren § 15 BauGB konnte die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens bis zum 30.12.2002 zurückgestellt werden.

Da der Bebauungsplan Nr. 323 nicht bis zum 30.12.2002 rechtsverbindlich sein wird, die Bauvoranfrage nicht zurückgezogen wurde und nach Ablauf des 30.12.2002 positiv beschieden werden müsste und auch weitere Anträge ähnlicher Art im Bebauungsplangebiet nicht auszuschließen sind, ist es geboten, zur weiteren Absicherung der Planung gemäß § 14 BauGB für das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 323 eine Veränderungssperre zu erlassen.

Die Wirkungen der Veränderungssperre sind dem der Vorlage als Anlage 2 beigefügten Satzungstext über die Veränderungssperre zu entnehmen. Dabei ist insbesondere auf die Ausnahmeregelung des Satzungstextes der Veränderungssperre hinzuweisen, die einen generellen "Baustopp" ausschließt (siehe § 2 Satz 2 der Satzung).

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre ist in einer Bestandskarte i. M. 1 : 500, die Bestandteil der Satzung ist und in den Sitzungen präsentiert wird, umgrenzt.

Die Veränderungssperre hat gemäß § 17 BauGB zunächst eine Geltungsdauer von 2 Jahren, wobei die Frist um ein Jahr verlängert werden kann.

Für das Vorhaben Lebensmittelmarkt wird hinsichtlich der Geltungsdauer der Veränderungssperre der Zeitraum seit der Zurückstellung bis zum Erlass der Veränderungssperre angerechnet.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer  <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
---------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	--

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

### Anlagen

1. Übersichtsplan
2. Satzungsentwurf der Veränderungssperre

## Anlage 2

# Satzung

**vom 2002  
der Stadt Siegen über den Erlass  
einer Veränderungssperre für das Gebiet  
des Bebauungsplanes Nr. 323 "Eiserfelder Straße"**

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666 / SGV NW 2023) und der §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl I S. 2141), zuletzt geändert am 15.12.1997 (BGBl I S. 2902) hat der Rat der Stadt Siegen am                    nachstehende Veränderungssperre als Satzung beschlossen :

## § 1

## Räumlicher Geltungsbereich der Veränderungssperre

Das Gebiet der Veränderungssperre liegt im Stadtteil Eisfeld und grenzt unmittelbar an den Rand der Eisfelder Straße. Es erstreckt sich von Norden nach Süden vom Gebäude Nr. 290 - Eisfelder Straße bis zum Gebäude Nr. 306 - Eisfelder Straße. Im Norden wird das Plangebiet durch den Eisfelder Bahnhof begrenzt.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre ist in einer Bestandskarte i. M. 1 : 500, die Bestandteil der Satzung ist, umgrenzt und erfasst im Einzelnen die Grundstücke Gemarkung Eiserfeld Flur 8 Flurstücke 19, 21, 36, 37, 257, 259, 263, 265, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 421, 445, 446, 448, 449, 485, 499, 500, 501, 502, 503, 507, 508, 509, 510, 516, 517, 519, 520, 522, 523, 550 tw.

**§ 2**

## Rechtswirkungen der Veränderungssperre, Ausnahmen

Für die Grundstücke des in § 1 beschriebenen Geltungsbereiches gilt, dass gemäß § 14 Abs. 1 und 2 BauGB

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden dürfen;

2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden dürfen.

Ausnahmen von der Veränderungssperre können gemäß § 14 Abs. 2 BauGB zugelassen werden, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

Gemäß § 14 Abs. 3 BauGB werden Vorhaben von der Veränderungssperre nicht berührt, die vor dem In-Kraft-Treten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind oder aufgrund eines anderen baurechtlichen Verfahrens zulässig sind sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisherigen ausgeübten Nutzung.

### **§ 3**

#### **In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tage der Bekanntmachung in Kraft.

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Stadtreinigung  
Bearbeitet von: Herrn Röcher/Herrn Weber

Datum  
16.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie</b>	<b>07.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2002**  
**hier: 10. Änderungssatzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die als Anlage 3 beigelegte 10. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **1. Ausgangslage**

Vor dem Hintergrund bedarfsorientierter Gebührenerhebungen und steigender Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sind regelmäßig die entstehenden Kosten der Straßenreinigung und des Winterdienstes einer kritischen Prüfung zu unterziehen und nach erfolgten Gebührenbedarfsberechnungen ggf. anzupassen.

Außerdem sind die im Laufe eines Jahres von Anliegern vorgetragenen Vorschläge oder von der Verwaltung getroffenen Feststellungen hinsichtlich der Änderung bei der Übertragung der Reinigungspflichten auf Anlieger oder Stadt durch Änderung des Straßenverzeichnisses als Bestandteil der Straßenreinigungssatzung zu berücksichtigen.

Darüber hinaus bedarf es nach rechtlicher Prüfung der redaktionellen Änderung des Satzungstextes.

## 2. Änderung des Satzungstextes

Nach § 6 Absatz 6 der Straßenreinigungssatzung sind die Eigentümer solcher Grundstücke, die nach ihrer Zweckbestimmung nur forstwirtschaftlich genutzt werden können, von der Gebührenpflicht befreit. Forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken sollten landwirtschaftlich genutzte Grundstücke gleichgestellt und ebenfalls von der Gebührenpflicht befreit werden.

## 3. Änderung des Straßenverzeichnisses

Änderungen bei der Pflichtenübertragung werden sowohl von Anliegern und Organisationen wie z. B. den Verkehrsbetrieben vorgeschlagen oder von Verwaltungsdienststellen aufgezeigt.

Diese Änderungsvorschläge sind aufgenommen und geprüft worden. Sie sind in der Zusammenfassung, die als Anlage 1 dieser Vorlage beigelegt ist, dargestellt und in den zuständigen Bezirksausschüssen beraten worden bzw. werden bis zur Sitzung des AfULE noch beraten.

## 4. *Kostenkalkulation*

### 4.1 Betriebsabschluss 2001

	Straßenreinigung	Winterdienst
Gesamtkosten	729.689 €	769.612 €
./. Stadtanteil	205.716 €	167.494 €
gebührenpflichtiger Anteil	523.973 €	602.118 €
 Erlöse	 770.777 €	 709.784 €
Überdeckung	246.804 €	107.666 €

#### Nachrichtlich in DM:

	Straßenreinigung	Winterdienst
Gesamtkosten	1.427.148 DM	
	1.505.230 DM	
./. Stadtanteil		402.346 DM
	327.590 DM	
gebührenpflichtiger Anteil	1.024.802 DM	
	1.177.640 DM	
Erlöse	1.507.509 DM	
	1.388.217 DM	
Über-/Unterdeckung		482.706 DM
	210.576 DM	

Die Überdeckung in der Straßenreinigung ergibt sich dadurch, dass bei der Wiederbesetzung der freien Stellen in 2000 die gesamten Personalkosten in die Kalkulation eingestellt wurden. Es hätte jedoch ledig-

lich ca. ein Drittel dieser Kosten als gebührenrelevanter Anteil berücksichtigt werden dürfen. Dies hat sich mit ca. 150.000 € auch noch im Jahr 2001 ausgewirkt.

Die weitere Überdeckung ist durch geringere Personalkosten entstanden und wird wie folgt erklärt:

- Die Anzahl der Dauerkranken, die damit aus der Lohnfortzahlung fallen, war im Jahr 2001 überdurchschnittlich hoch.
- Durch Personalveränderungen, z.B. Wechsel in die Müllabfuhr, waren einige Stellen zeitweise nicht besetzt.
- Durch den strengen Winter haben sich die Einsatzzeiten im Winterdienst erhöht; dadurch sind automatisch weniger Stunden in der Straßenreinigung geleistet worden.

## 4.2 Kostenaufteilung für die Gebührenkalkulation 2003

### Straßenreinigung

Das Ergebnis des unter Ziffer 4.1 dargestellten Betriebsabschlusses für das Jahr 2001 mit der dargestellten Überdeckung ist nicht repräsentativ und kann daher nicht als Grundlage für die Kalkulation 2003 verwendet werden. Stattdessen wurden die kalkulierten Werte von 2002 zugrunde gelegt und mit 2 % Steigerung versehen.

Kalkulierte Kosten	2002	2003
Personalkosten		
485.689 €	495.403 €	
Betriebs- und Unterhaltungskosten		296.087 €
302.009 €		
Anteilstkosten Querschnittsbereiche		73.792 €
75.268 €		
Halle Schleifenbaum		16.362 €
16.362 €		
TUIV-Erweiterung		
4.090 €	4.090 €	
Zwischensumme		876.020 €
893.131 €		
Ausgleich Überdeckung aus 1999		
(195.382 €) 2. Teilbetrag	- 97.692 €	
Ausgleich Überdeckung aus 2000		
(178.173 €)	- 31.480 €	
- 146.693 €		
Ausgleich Überdeckung aus 2001		
(246.804 €) 1. Teilbetrag		- 89.970 €
Gesamtkosten Straßenreinigung	746.848 €	656.468 €

Insgesamt ergibt sich bei der Straßenreinigung eine leichte Kostensteigerung von 17.111 €. Aufgrund höherer auszugleichender Überdeckungen im Vergleich zum Vorjahr entsteht letztlich eine Kostenreduzierung in Höhe von 90.380 €.

### Winterdienst

Die Strenge eines bevorstehenden Winters und damit die Höhe der Kosten ist nie vorhersehbar. Wenn z.B. drei Winter hinter einander hohe Kosten verursacht haben und als Grundlage jeweils der BAB des Vorvorjahres zugrundegelegt wird, baut die darauf folgende Kalkulation auf einem hohen Kostenniveau auf. Dieses wird weiter erhöht durch die Verrechnung der Unterdeckungen aus den Vorjahren. Gleiches gilt im Umkehrschluss bei mehreren aufeinander folgenden milden Wintern mit erzielten Überdeckungen.

Daraus folgt, sofern ein gegensätzlicher Winter eintritt, ein außergewöhnlicher Gebührensprung. Um diesen zu vermeiden, ist es erforderlich, den Vorvorjahres-BAB als Kostenbasis zu verlassen und statt dessen einen aus den letzten Jahren gemittelten Gesamtkostenaufwand zugrunde zu legen.

Kalkulierte Kosten	2002	2003
Gesamtkosten		715.695 €
Gemittelte Gesamtkosten		745.107 €
+ anteilige geschätzte Kostensteigerungen 2002		145.500 €
Ausgleich Unterdeckung aus 1999 (236.712 €) 2. Teilbetrag	118.356 €	
Ausgleich Unterdeckung aus 2000 (6.279 €)	6.279 €	
Ausgleich Überdeckung aus 2001 (107.666 €) 1. Teilbetrag		- 53.833 €
Gesamtkosten Winterdienst	840.330 €	836.774 €

Insgesamt ergibt sich beim Winterdienst eine Kostensteigerung von 29.412 €. Im Ergebnis entsteht jedoch eine Kostenreduzierung von 3.556 €, weil im Jahr 2002 Unterdeckungen aus Vorjahren in höherem Umfang auszugleichen waren.

Vor dem Hintergrund des außergewöhnlichen Winters 2001/2002 sind anteilige Mehrkosten der Salzbeschaffung, für Schneeräumung durch Radlader und Personalkosten in die Kalkulation in Höhe von 145.500 € eingestellt.

#### 4.3 Gebührenkalkulation 2003

In der nachfolgenden Gebührenbedarfsberechnung wird ein Allgemeininteressenanteil von 11,78 % zugrundegelegt. Somit ergeben sich folgende Gebührensätze:

##### **Straßenreinigung**

Gesamtkosten 2003	656.468 €
./. Allgemeininteressenanteil Stadt (11,78%)	77.354 €
Gebührenpflichtige Kosten	579.114 €
Daraus ergibt sich folgender Gebührenbedarf	
Anliegerstraßen	1,18 €
Innerörtliche Straßen	1,03 €
Überörtliche Straßen	0,91 €
Fußgängerstraßen	12,35 €
Gehwege	4,37 €
Erwartete Einnahmen	579.871 €
Verbleibender Stadtanteil	76.597 €
Verbleibender Stadtanteil in %	11,67 %

Dies ergibt folgende Gebührensenkungen:

Anliegerstraßen (AV)	von bisher	1,29 €	auf	1,18 €
Innerörtliche Straßen (IV)	von bisher	1,12 €	auf	1,03 €
Überörtliche Straßen (ÜV)	von bisher	0,99 €	auf	0,91 €
Fußgängergeschäftsstraßen (FG)	von bisher	13,43 €	auf	12,35 €
Gehwegreinigung	von bisher	5,42 €	auf	4,37 €



**Winterdienst**

Gesamtkosten 2003	836.774 €
./. Allgemeininteressenanteil Stadt (11,92%)	99.782 €
Gebührenpflichtige Kosten	736.992 €

Aufgrund der geringfügigen Kostenabweichung kann es bei nachfolgend aufgeführten Gebührensätzen für den Winterdienst verbleiben:

Anliegerstraßen	1,46 €
Innerörtliche Straßen	1,37 €
Überörtliche Straßen	1,22 €
Fußgängerstraßen	1,44 €

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
1.412.265 €			Gebühreneinnahme: 1.318.828 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2003	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	---	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: Zwei

## Anlage 1

**Änderungen Straßenverzeichnis****Änderungen einzelner Straßen bzw. Straßenteile****Bezirksausschuss I****Breitscheidstraße (AV), Geisweid**

Leistung n. Satzung: Es wird Winterdienst durchgeführt, außer Haus-Nr. 19 (Ecke Zepelinstraße), 21 und 23 bis Ende.

Änderungswunsch: Auch in dem Straßenteil Haus-Nr. 19 bis 21 soll durch die Stadt Winterdienst durchgeführt werden. Der Straßenteil 23 bis Ende bleibt weiterhin auf die Anlieger übertragen.

Grund: Der Straßenteil Haus-Nr. 19 bis 21 ist sehr steil und dadurch, dass er auf mehrere Querstraßen trifft, auch gefährlich.

Initiator: Die Verwaltung

Empfehlung: Änderung wie vorgeschlagen.

**Bezirksausschuss II****Boschgotthardtshütte (AV), Weidenau**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird außer Haus-Nr. 42 bis Ende einmal wöchentlich Straßenreinigung und Winterdienst durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Bezeichnung 42 bis Ende benennt den Stichweg unterhalb der HTS bis zum „Patt's Haus“. Die Straße Boschgotthardtshütte endet aber tatsächlich mit der Haus-Nr. 82 im Einmündungsbereich Güterweg. Die Reinigung erfolgt auch tatsächlich in dem vorgenannten Bereich; ebenso die Gebührenabrechnung. Es handelt sich daher lediglich um eine redaktionelle Änderung.

Initiator: Die Verwaltung

**Schneppenkaute (AV), Weidenau**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Straßenreinigung noch Winterdienst durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden.

Grund: Hohes Verkehrsaufkommen durch ansässige Einrichtungen und Firmen.

Initiator: Eine einzelne Anwohnerin

Empfehlung: Keine Änderung.

Grund: Die Straße verläuft völlig eben. Daher ist sie nicht gefährlich. Sie ist auch nicht verkehrswichtig, weil fast ausschließlich mäßiger Anliegerverkehr stattfindet.

**Veit-Stoß-Straße (AV), Weidenau**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Straßenreinigung noch Winterdienst durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden.

Grund: Bessere Erreichbarkeit des Grundstücks.

Initiator: Ein Anlieger

Empfehlung: Keine Änderung.

Grund: Es handelt sich um eine weder verkehrswichtige noch gefährliche Anliegerstraße als Sackgasse. Deshalb und wegen der

Enge der Straße durch parkende Fahrzeuge ist eine Winterwartung hier weder sinnvoll noch möglich.

### **Bezirksausschuss III**

#### **Rotdornweg (AV), Volnsberg**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Winterdienst noch Straßenreinigung durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden.

Grund: Steile Gefällestücke zu Beginn und am Ende der Straße

Initiator: Eine Anwohnerin

Empfehlung: keine Änderung.

Grund: Es handelt sich um eine enge Anliegerstraße, die keinen Begegnungsverkehr zulässt. Bereits das Durchfahren mit einem Schneepflug würde zu erheblichen Schwierigkeiten führen; Flächen für das Ablagern von Schnee sind nicht vorhanden. Die Straße fällt zu Beginn auf etwa 20 Meter steil ab, führt dann eben weiter und steigt zum Ende hin wieder leicht an. Sie ist daher weder verkehrswichtig noch gefährlich.

### **Bezirksausschuss IV**

#### **Unteres Schloß (AV), Siegen**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird weder Winterdienst noch Straßenreinigung durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll in den Winterdienst aufgenommen werden. Außerdem soll sie zweimal wöchentlich ggereinigt werden.

Grund: Höhere Frequentierung durch Museum und Gaststätte sowie Verbesserung des Stadtbildes.

Initiator: Die Verwaltung

Empfehlung: Änderung wie vorgeschlagen.

### **Bezirksausschuss V**

#### **Blücherstraße (AV), Siegen**

Leistung n. Satzung: In der Blücherstraße wird Winterdienst außer Haus-Nr.11 bis Ende durchgeführt.

Änderungswunsch: Die Straße soll komplett aus dem Winterdienst genommen werden.

Grund: Auch das vordere Teilstück ist weder verkehrswichtig noch gefährlich, weil eben. Deshalb Gleichbehandlung gegenüber dem Rest der Straße.

Initiator: Die Anlieger des Teilstücks

Empfehlung: Änderung wie vorgeschlagen.

### **Bezirksausschuss VI**

#### **Oberschelder Straße (IV), Gosenbach**

Leistung n. Satzung: In der Straße wird einmal wöchentlich gereinigt und Winterdienst durchgeführt.

Die Oberschelder Straße hat keinen Gehweg. Die Straßenrinne ist in Natursteinpflaster ausgebildet und ebenso wie die Fahrbahn stark gegenläufig gewölbt. Dies läßt nur eine unvollständige Reinigung durch die Kehrmaschine bei gleichzeitiger Gebührenpflicht zu. Die Reinigung der Straße sollte den Anliegern selbst überlassen bleiben. Dieses Anliegen hat die FDP-Fraktion als Antrag in den BezA VI – Eiserfeld – eingebracht. Dieser hat dem Antrag am 20.06.2002 einstimmig zugestimmt.

## Anlage 2

### Satzung

**der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigung- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001**

#### **10. Änderungssatzung vom** (Datum der Unterzeichnung der BekanntmVO)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2023), der §§ 3 und 4 des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen (StrReinG NW) vom 18.12.1975 (GV NW S. 706/SGV NW 2061) in der Fassung der Änderung des Gesetzes zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden in NW vom 25.11.1997 – Artikel 11 – (GV NW S. 438) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21.10.1969 (GV NW S. 712/SGV NW 610) hat der Rat der Stadt Siegen am (Datum des Ratsbeschlusses) folgende Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 9. Änderungssatzung vom 29.11.2001 beschlossen:

#### **I.**

In § 6 Absatz 6 werden hinter dem Wort „forstwirtschaftlich“ die Worte „oder landwirtschaftlich“ eingefügt.

#### **II.**

##### § 6 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Bei einer einmaligen wöchentlichen Reinigung (SR) der Fahrbahn beträgt die Benutzungsgebühr jährlich je Meter Grundstücksseite (Abs. 1 – 3), wenn das Grundstück erschlossen wird durch eine Straße, die überwiegend

- |    |  |         |
|----|--|---------|
| a) | dem Anliegerverkehr (AV) dient,                    | 1,18 €  |
| b) | dem innerörtlichen Verkehr (IV) dient,             | 1,03 €  |
| c) | dem überörtlichen Verkehr (ÜV) dient,              | 0,91 €  |
| d) | als Fußgängergeschäftsstraße (FG) ausgewiesen ist, | 12,35 € |

Wird auch der Gehweg von der Stadt gereinigt, so erhöht sich die Gebühr um je 4,37 €/lfdm Frontlänge. Wird mehrmals wöchentlich gereinigt, so vervielfacht sich die Benutzungsgebühr entsprechend.

### III.

Das Straßenverzeichnis als Anlage zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren wird wie folgt geändert:

Schl.	Straßenname	Bedeutung	Leistung der Stadt		Übertragung der Reinigungspflicht a. d. Grundstückseigentümer (§ 2)		
		(s. Abkürzungsverzeichnis)		Straßen-Reinigung		Winterdienst	
			SR	WD	Fahr-bahn	Gehweg	Gehweg/Str.-Rinne
<b>Stadtteil Geisweid</b>							
5990	Breitscheidstraße	AV	1	X		X	X
6226	Breitscheidstraße (Hs.-Nr. 23 - Ende)	AV			X	X	X
<b>Stadtteil Gosenbach</b>							
6583	Oberschelder Straße	IV		X	X	X	X
<b>Stadtteil Siegen</b>							
7994	Blücherstraße	AV			X	X	X
9142	Unteres Schloß	AV	2	X		X	X
9142	Unteres Schloß (Haus-Nr. 3 - Ende)	AV			X	X	X
8766	Melanchtonstraße	AV		X	X	X	X
	Wallhausenstraße	AV		X	X	X	X
9222	Weststraße	AV			X	X	X
<b>Stadtteil Weidenau</b>							
9569	Boschgotthardshütte	AV	1	X		X	X
9569	Boschgotthardshütte (Hs.-Nr. 40 – 48)	AV			X	X	X

### IV.

Diese Änderungsatzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 8 / Stadtreinigung  
Bearbeitet von: Herrn Kölsch

Datum  
16.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie</b>	<b>07.11.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

**Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 hier: 9. Änderungssatzung**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die als Anlage 2 beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Insbesondere durch die vom Kreis Siegen-Wittgenstein wiederum zur Erhöhung anstehenden Abfallgebühren wird eine jährliche Neukalkulation der Kosten für die Abfallbeseitigung und damit einhergehend eine Neuberechnung der Gebühren erforderlich.

Dies ist für das Haushaltsjahr 2003 wie nachstehend dargestellt geschehen:

### **A. Betriebsabschluss 2001**

Das betriebswirtschaftliche Ergebnis 2001 der Abfallbeseitigung schließt wie folgt ab:

Personalkosten Arbeiter	1.541.182 €
Personalkosten Querschnittsfachbereiche	198.849 €
Personalkosten Betriebsleitung	233.589 €
Betriebskosten Fahrzeuge	635.621 €
Sonstige Betriebskosten	224.385 €

Entsorgungskosten		2.156.462 €
Abfallgebühren des Kreises	1.819.211 €	
E-Schrott-Entsorgung	60.963 €	
Papierentsorgung Stadtanteil (75 %)	255.476 €	
Restmüllanteil im gelben Sack	6.908 €	
Schadstoffentsorgung	13.904 €	
Gesamtkosten		4.990.088 €
Erlöse (= Gebühren)		4.920.355 €

**Unterdeckung (Kostendeckungsgrad = 98,60%) - 69.733 €**

**Nachrichtlich in DM:**

Personalkosten Arbeiter		3.014.290 DM
Personalkosten Querschnittsfachbereiche		388.915 DM
Personalkosten Betriebsleitung		456.861 DM
Betriebskosten Fahrzeuge		1.243.166 DM
Sonstige Betriebskosten		438.858 DM
Entsorgungskosten		4.217.673 DM
Abfallgebühren des Kreises	3.558.067 DM	
E-Schrott-Entsorgung	119.234 DM	
Papierentsorgung Stadtanteil (75 %)	499.668 DM	
Restmüllanteil im gelben Sack	13.510 DM	
Schadstoffentsorgung	27.194 DM	
Gesamtkosten		9.759.763 DM
Erlöse (= Gebühren)		9.623.376 DM

**Unterdeckung (Kostendeckungsgrad = 98,60%)- 136.387 DM**

**B. Kostenkalkulation für 2003**

	Kalkulation 2002	Kalkulation
<u>2003</u>		
Personalkosten Arbeiter	1.592.433 €	1.651.962 €
Personalkosten Querschnittsfachbereiche	201.681 €	207.491 €
Personalkosten Betriebsleitung	259.631 €	293.836 €
Betriebskosten Fahrzeuge	456.125 €	437.365 €
Sonstige Betriebskosten	347.552 €	350.771 €
Entsorgungskosten	3.952.338 €	4.781.471 €
Abfallgebühren des Kreises	3.626.720 €	4.440.913 €
E-Schrott-Entsorgung	70.006 €	68.339 €
Papierentsorgung Stadtanteil (75 %)	239.612 €	256.219 €
Schadstoffentsorgung	16.000 €	16.000 €
Zwischensumme	6.809.760 €	7.722.896 €
Unterdeckung von 2001		69.733 €
Gesamtkosten		7.792.629 €

Erlöse (= Gebühren)  
7.801.728 €

**Überdeckung 9.099 €**

In den Betriebskosten Fahrzeuge sowie den sonstigen Betriebskosten sind jeweils die kalkulatorischen Kosten enthalten.

Die Kostenveränderungen gegenüber dem Betriebsergebnis 2001 bzw. der Kalkulation für das Jahr 2002 begründen sich wie folgt:

1. Personalkosten Arbeiter

Der erhöhte Ansatz beinhaltet die erwarteten Lohnkostensteigerungen und einen höheren Ansatz für krankheitsbedingte Ausfälle. Dies gilt ebenfalls im Vergleich zum BAB 2001 mit einer Erhöhung von 110.780 €

Kostensteigerung + 59.529 €



## 2. Personalkosten Querschnittsfachbereiche

Erhöhung lediglich aufgrund allgemeiner Kostensteigerungen. Gleiches gilt für den Vergleich zum BAB 2001 mit 8.642 €

	Kostensteige-
rung	+ 5.810 €

## 3. Personalkosten Betriebsleitung

Die im Vorjahr beabsichtigte Stellenreduzierung um 1,5 Stellen ab 2002 wurde nur in sofern umgesetzt, als dass lediglich 0,5 Stellen reduziert wurden. Jeweils 0,5 Stellen für die Errichtung und Unterhaltung der Wertstoffdepotstandplätze und in der Abfallberatung wurden beibehalten. Die weitere Erhöhung gegenüber dem BAB 2001 in Höhe von 26.042 € resultiert aus der Verlagerung einer Stelle aus der Straßenreinigung, die jedoch nur anteilig berücksichtigt wird.

	Kostensteige-
rung	+ 34.205 €

## 4. Betriebskosten Fahrzeuge

Die Kostenreduzierung ergibt sich durch niedrigere Reparaturkosten aufgrund des teilweise erneuerten Fahrzeugbestandes. Dies hat sich insbesondere im Vergleich zum BAB 2001 in einer Senkung von 198.256 € ausgewirkt. Hinzu kommt, dass die Betriebskosten der Fahrzeuge in der Kalkulation als Durchschnittswert ermittelt werden, während der BAB die tatsächlichen Kosten darstellt.

	Kostenreduzie-
rung	- 18.760 €

## 5. Sonstige Betriebskosten

Die Erhöhung ergibt sich aus der allgemeinen Kostensteigerung. Die um 123.167 € höhere Kalkulationssumme gegenüber dem BAB 2001 ergibt sich daraus, dass mehrere Ausgabenarten im Betriebsabschluss über andere Positionen abgerechnet werden. Dies gilt z.B. für die Miete Halle Schleifenbaum, die den einzelnen Fahrzeugen zugerechnet wird. Insofern gleicht sich diese Differenz über die Betriebskosten Fahrzeuge wieder aus.

	Kostensteige-
rung	+ 3.214 €

## 6. Entsorgungskosten

Wie im Vorjahr beabsichtigt der Kreis Siegen-Wittgenstein, auch für das Jahr 2003 die Abfallgebühren zu erhöhen. Erstmals wird dabei eine Differenzierung zwischen Restmüll und Biomüll vorgenommen. Während die Gebühr für Restmüll von derzeit 119,30 € je Tonne auf 157,60 € je Tonne steigt, wird die Gebühr für Biomüll lediglich von derzeit 119,30 € je Tonne auf 124,91 € je Tonne angehoben. Die Ursache für die beträchtliche Erhöhung der Restmüllgebühr von 32 % liegt im wesentlichen darin, dass auf den beiden Zentraldeponien Fludersbach und Herzhäusen Restmüll nur noch bis zum 31.05.2005 abgelagert werden darf. Diese aus den abfallrechtlichen Vorgaben des Bundes sowie den entsprechenden Bescheidlagen der Bezirksregierung Arnsberg herrührende gravierende Einschränkung des Betriebes der Deponien führt unter anderem dazu, dass in der kurzen verbleibenden Restnutzungszeit eine größere Anzahl der für die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Deponien erforderlichen Investitionen abgeschrieben werden muss. Bei einer längeren Restnutzungszeit der Deponien – ursprünglich konnte man von weiteren 15 bis 20 Jahren ausgehen – würden sich diese Abschreibungen somit auf einen wesentlich längeren Zeitraum verteilt haben. Diese jetzt notwendig werdende Verfahrensweise führt zu beträchtlichen Ausgabesteigerungen. Gleichzeitig wirken sich die steigenden Kosten für die Müllverbrennung aus, zu der der Kreis im Rahmen eines Stufenplanes mit jährlich steigenden Mengen verpflichtet wurde. Nicht zuletzt schlagen auch die hohen Nachsorgekosten für die Deponien durch, die der Kreis von derzeitigen Nutzern zumindest teilweise einfordern muss.

Die Gebührenerhöhung für den Biomüll von 4,7 % erfolgt aufgrund sonstiger Kostenerhöhungen.

**Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass ohne diese erneute Erhöhung der Abfallgebühren des Kreises eine Erhöhung der Abfallbeseitigungsgebühren durch die Stadt nicht erforderlich geworden wäre.**

Die leichte Kostensteigerung bei der Papierentsorgung resultiert aus schwankenden Mengen und Papierpreisen. Insgesamt überwiegt die Abfallgebührenerhöhung des Kreises, die dazu führt, dass sich bei den Entsorgungskosten eine Steigerung von rund 814.000 € ergibt.

	Kostensteige-
rung	+ 814.193 €

**C. Gebührenkalkulation für 2003**

Die Gesamtkosten in Höhe von 7.792.629 € sind wie folgt auf den Bio- bzw. Restabfallbehälter aufzuteilen:

Bioabfallbehälter	2.077.796 €
Restabfallbehälter	5.714.833 €

Hieraus ergeben sich in der Gebührenberechnung bei der Einzelermittlung folgende Beträge:

Behälter	Restabfall			Bioabfall		
	neu	alt	Unter-schied	Neu	alt	Unter-Schied
120 l, wöchig	244 €	210 €	34 €	174 €	160 €	14 €
120 l, 2-wöchig	132 €	114 €	18 €	88 €	80 €	8 €
120 l, 4-wöchig	76 €	66 €	10 €			
240 l, wöchig	436 €	366 €	70 €	292 €	268 €	24 €
240 l, 2-wöchig	230 €	196 €	34 €	146 €	134 €	12 €
240 l, 4-wöchig	128 €	110 €	18 €			
1100 l, wöchig	2.468 €	2.140 €	328 €	1.834 €	1.674 €	160 €
1100 l, 2-wöchig	1.350 €	1.184 €	166 €	918 €	838 €	80 €
1100 l, 4-wöchig	792 €	706 €	86 €			

Die künftigen Gebühren für die unterschiedlichen Behälterkombinationen sind in Anlage 1 dargestellt.

**D. Grünschnittabfuhr**

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass als Alternative zur zunächst befristet eingestellten Grüncontainerabfuhr die Möglichkeit besteht, zum einen im Frühjahr und im Herbst die Abfuhr gegen ein Entgelt von 35 € in Anspruch zu nehmen und zum anderen den Grünschnitt über für 1,30 € zu erwerbende Biosäcke zu entsorgen.

Seit Anfang März 2002 sind bis heute mehr als 6000 Biosäcke, und damit wesentlich mehr als erwartet, verkauft worden. Daraus wird die hohe Akzeptanz der Bevölkerung für die Biosäcke deutlich.

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
7.792.629 €			7.801.728 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2003	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

## In Vertretung

Brune  
Stadtbaurat

Anlagen: Zwei

## Anlage 1

## Behälterpreise

Behälter	Restabfall			Bioabfall		
	neu	alt	Unter-schied	neu	alt	Unter-schied
120 l, wöchig	244 €	210 €	34 €	174 €	160 €	14 €
120 l, 2-wöchig	132 €	114 €	18 €	88 €	80 €	8 €
120 l, 4-wöchig	76 €	66 €	10 €			
240 l, wöchig	436 €	366 €	70 €	292 €	268 €	24 €
240 l, 2-wöchig	230 €	196 €	34 €	146 €	134 €	12 €
240 l, 4-wöchig	128 €	110 €	18 €			
1100 l, wöchig	2.468 €	2.140 €	328 €	1.834 €	1.674 €	160 €
1100 l, 2-wöchig	1.350 €	1.184 €	166 €	918 €	838 €	80 €
1100 l, 4-wöchig	792 €	706 €	86 €			

## Beispiele möglicher Kombinationen:

Restmüll	BIO	2003			2002	Unter-schied
		RM	BIO	Ges.	Ges.	
120 l - 2-wöchig	120 l	132 €	88 €	220 €	194 €	26 €
120 l - 4-wöchig	120 l	76 €	88 €	164 €	146 €	18 €
240 l - 2-wöchig	120 l	230 €	88 €	318 €	276 €	42 €
240 l - 4-wöchig	120 l	128 €	88 €	216 €	190 €	26 €
120 l - 2-wöchig	Befreiung	132 €	- €	132 €	114 €	18 €
120 l - 4-wöchig	Befreiung	76 €	- €	76 €	66 €	10 €
240 l - 2-wöchig	Befreiung	230 €	- €	230 €	196 €	34 €
240 l - 4-wöchig	Befreiung	128 €	- €	128 €	110 €	18 €
120 l - 2-wöchig	240 l	132 €	146 €	278 €	248 €	30 €
120 l - 4-wöchig	240 l	76 €	146 €	222 €	200 €	22 €
240 l - 2-wöchig	240 l	230 €	146 €	376 €	330 €	46 €
240 l - 4-wöchig	240 l	128 €	146 €	274 €	244 €	30 €
1100 l - 2-wöchig	1100 l	1.350 €	918 €	2.268 €	2.022 €	246 €
1100 l - 4-wöchig	1100 l	792 €	918 €	1.710 €	1.544 €	166 €
1100 l - 2-wöchig	Befreiung	1.350 €	- €	1.350 €	1.184 €	166 €
1100 l - 4-wöchig	Befreiung	792 €	- €	792 €	706 €	86 €

120 l - wöchig	120 l - wöchig	244 €	174 €	418 €	370 €	48 €
240 l - wöchig	240 l - wöchig	436 €	292 €	728 €	414 €	314 €
1100 l - wöchig	1100 l - wöchig	2.468 €	1.834 €	4.302 €	3.814 €	488 €

## Anlage 2

## S A T Z U N G

der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren  
vom 30. Dezember 1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001

**9. Änderungssatzung vom** (Datum der Unterzeichnung der BekanntmVO)

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1979 S. 666/SGV NW 2023), des § 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesabfallgesetz) vom 21.06.1988 (GV NW S. 250 / SGV NW 74) und der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NW S. 712 / SGV NW 610) hat der Rat der Stadt Siegen am (Datum des Ratsbeschlusses) folgende Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 29.11.2001 beschlossen:

## I

§ 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Der Gebührensatz wird für das Restabfallgefäß und das Bioabfallgefäß separat festgesetzt.

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei vierzehntägiger Abfuhr (Regelentsorgung nach § 12 Abfallwirtschaftssatzung) des Restabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	132,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	230,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	1.350,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei vierzehntägiger Abfuhr (Regelentsorgung nach § 12 Abfallwirtschaftssatzung) Bioabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	88,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	146,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	918,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr des Restabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	244,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	436,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	2.468,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr oder des Bioabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	174,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	292,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	1.834,00 €

Der Gebührensatz beträgt für ein Kalenderjahr bei vierwöchiger Abfuhr des Restabfalls bei einem

1.	120	-Liter-Behälters	76,00 €
2.	240	-Liter-Behälters	128,00 €
3.	1 100	-Liter-Behälters	792,00 €

## II

Diese Änderungssatzung tritt am 01. Januar 2003 in Kraft.

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich	ESi	Datum
Fachbereich	Eigenbetrieb Entwässerung	11.10.2002
Bearbeitet von:	Herrn Winkel	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>13.11.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>27.11.2002</b>

Betreff:

### **Wiederherstellung des Rehbachs hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung vom 22.10.2002:

Für die Wiederherstellung des Rehbachs wird überplanmäßig ein Betrag von 128.000 Euro gem. § 82 GO NW bereitgestellt.

Die Abwicklung der Maßnahme erfolgt - bis zur endgültigen Klärung der versicherungsrechtlichen Fragen - vorläufig über das für die Hochwasserschäden eingerichtete Vorschusskonto. Sollte es nicht oder nur teilbetraglich zu einer Kostenübernahme kommen, wird insoweit auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2215/2002 - Finanzierung der Auswirkungen der Startregenfälle im Stadtgebiet - Bezug genommen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Beim Böschungsabrutsch am Friedhof Kaan-Marienborn durch das Regenereignis am 28.08.2002 wurde das Gewässer Rehbach zerstört. Zur Beseitigung der Gewässerschäden ist nach den erfolgten und abgeschlossenen Not- und Sofortmaßnahmen nunmehr das Gewässer Rehbach, einschließlich Einlaufbauwerk in die Gewässerverrohrung, wiederherzustellen. Für die Gewährung eines ordnungsgemäßen Abflusses soll die Gewässerverrohrung im ohnehin stark in Mitleidenschaft gezogenen Grundstück "Rehbachstraße 74" ausgewechselt werden. In den Kosten sind die Planungskosten der Baumaßnahme berücksichtigt.

#### Begründung der Eilbedürftigkeit:

Die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Abflusses muss unabdingbar vor der durch Niederschläge und Schneeschmelzen bedingten "nassen" Jahreszeit erfolgen, um weiterer Schäden im Bereich der Bebauung "Rehbachstraße" abzuwenden.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
rd. 128 T€		?	Erstattung durch Versicherung	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle Vorschusskonto
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	--------------------------------

im Auftrag

Harms  
Werkleiter

Anlagen: -



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Herrn Griese

Datum  
22.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Radwegbrücke An der Unterführung  
hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9550.5 - 42 Radweg Brücke An der Unterführung, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 65.000 € gemäß § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für den Ausbau von Stadtstraßen und Gehwegen - in entsprechender Höhe.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Zur Führung des Radweges zwischen der Straße An der Unterführung Richtung Schemscheid und für die Erschließung der Parkplätze unter der HTS für die Kreisberufsschulen hat der Bauausschuss in seiner Sitzung am 22.07.2002 den Bau der Brücke An der Unterführung beschlossen.

Der Auftrag für die Objektplanung, Tragwerksplanung und die Entwurfsvermessung soll an das Ingenieurbüro Salveter, Netphen, vergeben werden. Die Auftragssumme beträgt 64.813,91 € einschließlich MWSt. Der Kreis Siegen-Wittgenstein trägt einen 4/7-Anteil dieser Planungskosten. Gleiches gilt für die späteren Baukosten. Die entsprechenden Ausgaben und Einnahmen sind im Entwurf des IP 2002-2006 eingestellt.

Die für das laufende Haushaltsjahr erforderlichen Mittel werden durch die Nichtinanspruchnahme bei der Haushaltsstelle 1.630.9510.6 - Sonderprogramm 2000 für Stadtstraßen und Gehwege - gedeckt.

Die dort vorhandenen Haushaltsreste waren für die Sanierung der Giersbergstraße sowie der Fludersbachstraße angedacht. Eine Mittelübertragung der Haushaltsreste für die Maßnahme Fludersbach ist nicht mehr in voller Höhe erforderlich, da nach Feststellung des Submissionsergebnisses die Maßnahme kostengünstiger abgeschlossen werden kann.

Für die Maßnahme Radweg Brücke An der Unterführung ist mit Datum vom 03.09.2002 ein Zuschussantrag an die Bezirksregierung Arnsberg gestellt worden. Weiterhin beteiligt sich der Kreis Siegen-Wittgenstein mit einem Anteil von 4/7 an den Kosten für den Bau der Brücke.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
372.000 €		37.000 €	335.000 €	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH Entwurf IP 2002-2006	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.630.9550.5
---	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr  
Stadtrat

Ulf Stötzel

Anlagen: -

2. Beig. IV nach Abgang zur Kenntnis
3. FB 9/2 z. d. A.

FB 3	
FBL 9	
FB 9/2	
FB 9/2 S.	

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 4  
Fachbereich 9 / Straße und Verkehr  
Bearbeitet von: Herrn Griese

Datum  
25.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Haupt- und Finanzausschuss**

**13.11.2002**

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Brücke An der Setze**  
**hier: Überplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

Bei der Haushaltsstelle 1.630.9533.5 - 33 Brücke an der Setze, Baukosten - erfolgt die Bereitstellung einer überplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 41.000 € gemäß § 84 Abs. 1 GO i. V. m. § 82 Abs. 1 GO.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der VE bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 - 85 Busdispositionssystem am ZOB, Baukosten in entsprechender Höhe.

Der durch diese VE sowie der gegenüber der bisherigen Veranschlagung entstehende kassenmäßige Mehrbedarf in 2003 wird bei der Fortschreibung des Investitionsprogramms 2001 - 2005 haushaltsverträglich eingeplant.

**Sachverhalt / Begründung:**

Zur Ausschreibung der Maßnahme, die für den Monat Dezember 2002 vorgesehen ist, bedarf es unter Berücksichtigung der Veranschlagung im Haushalt 2002 der zusätzlichen Bereitstellung einer VE in Höhe von 41.000 €. Die kassenwirksame Ausgabe erfolgt in 2003.

Im Entwurf des Investitionsprogrammes 2002 - 2006 ist die bisherige Veranschlagung in Höhe von 61.000 € entsprechend angepasst worden. Der Mehrbedarf beläuft sich auf 41.000 € und ergibt sich aus Kostensteigerungen gegenüber dem Kosten-

voranschlag, die sich während der Entwurfsplanung aufgrund der aktuellen Kostenberechnung ergeben haben.

Die erforderliche VE wird durch die Nichtinanspruchnahme bei der Haushaltsstelle 1.631.9555.0 85 - Busdispositionssystem am ZOB Siegen, Baukosten - gedeckt. Die dort eingestellte VE wird in 2002 nicht mehr benötigt, da sich der Baubeginn verzögert.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
102.000 €		102.000 €		<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 61.000 €	Haushaltsstelle 1.630.9533.5
---	-----------------------------------	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr  
Stadtrat

Ulf Stötzel

Anlagen: -

2. Beig. IV nach Abgang zur Kenntnis
3. FB 9/2 z. d. A.

FB 3	
FBL 9	
FB 9/2	
FB 9/2 S.	

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum  
12.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Ausschussneubesetzung**  
**hier: Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt

Herrn Hermann Gerhardus als stellvertretendes beratendes Mitglied

in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen.

**Sachverhalt / Begründung:**

Im o. g. Gremium ist ein Ausschusssitz zu besetzen. Seitens der Vertreter der Lehrerschaft der Realschulen wird Herr Hermann Gerhardus benannt.

Ulf Stötzel

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 1  
Sitzungsdienst  
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum  
26.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Rat**

**27.11.2002**

---

Betreff:

**Ausschussneubesetzungen**

**hier: Vergabeausschuss, Bezirksausschuss V - Siegen-West -, Ausschuss für Schul- und Bildungswesen und Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

Nr. 1

a) in den Vergabeausschuss:

Herrn Ansgar Cziba (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

b) in den Bezirksausschuss V - Siegen-West -:

Frau Angela Jung (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

Nr. 2

a) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:

Herrn Georg Sallen (s. B.) als ordentliches Mitglied

b) in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Frau Dorothea Schleifenbaum (Stv) als ordentliches Mitglied

**Sachverhalt / Begründung:**Zu Nr. 1

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bittet folgende Änderungen vorzunehmen:

Vergabeausschuss:

Herr Ansgar Cziba für einen von der Fraktion noch nicht besetzten Ausschusssitz

Bezirksausschuss V - Siegen-West -

Frau Angela Jung anstelle von Herrn Joachim Boller

Zu Nr. 2

Die CDU-Fraktion bittet folgende Änderungen vorzunehmen:

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:

Herr Georg Sallen für einen noch nicht besetzten Ausschusssitz.

Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Frau Dorothea Schleifenbaum anstelle von Herrn Hans-Peter Neubauer.

Ulf Stötzel